

Günther Bader

26.09.2007

88045 Friedrichshafen

e-mail: [guenther.bader@web.de](mailto:guenther.bader@web.de)

Herrn  
Minister  
Helmut Rau  
Schlossplatz 4  
70173 Stuttgart

Hauptschuldiskussion

Sehr geehrter Herr Minister Rau,

als ehemaliger Schulamtsdirektor bin ich auch nach 2 Jahren Ruhestand immer noch sehr an der schulpolitischen Diskussion interessiert. Der Verlauf der Hauptschuldiskussion in den letzten Monaten hat mich nun nach langem Zögern doch noch bewogen, mit diesem Schreiben an der Diskussion teilzunehmen.

Kurz zu meiner Person:

Von 1964 bis 1976 Lehrer, vorrangig in den oberen Klassen der Hauptschule eingesetzt; danach bis 1983 Leiter der HS Meckenbeuren-Buch; dann bis 2005 Schulrat beim Staatl. Schulamt Tettngang. Sonderaufgaben: Ausbildungslehrer der PH Weingarten, Seminarleiter in der 2.Phase, Lehrbeauftragter für Schulrecht am Seminar, Mitglied der Lehrplankommission, Vorsitzender des Arbeitskreises Schule-Wirtschaft u.a.m. Als Schulrat und später als Stellv.Leiter des Schulamtes Tettngang war ich schwerpunktmäßig im Fachbereich Hauptschule und in den letzten Jahren als Personalreferent tätig. Was das Staatl.Schulamt Tettngang und der Hauptschulausschuss beim Staatl. Schulamt Tettngang für die Entwicklung der Hauptschule geleistet haben, ist Ihrem Hause bekannt und von meinem früheren Kollegen Günther Maurer Ihnen in einem persönlichen Schreiben auch dargestellt worden.

Sehr geehrter Herr Minister,  
 in den letzten Monaten hat eine Flut von Briefen und öffentlichen Stellungnahmen zum Thema Hauptschule Sie -hoffentlich- erreicht. Was mich nun trotzdem noch bewegt, Ihnen zu schreiben, ist die beinahe reflexartige Reaktion Ihres Hauses, jeden Vorschlag, der nicht in das ministerielle Bild über die Hauptschule passt, ohne jeden erkennbaren Willen, ihn überhaupt zu prüfen oder zu bedenken, vorschnell und grundsätzlich abzulehnen. Dies trifft selbst auf Äußerungen und Anregungen zu, die von Ihrer Amtsvorgängerin gemacht wurden.

Ich bin inzwischen davon überzeugt, dass ein zentrales Problem Ihres Hauses der Sie umgebende und beratende Apparat ist. Aus eigener beruflicher Erfahrung möchte ich Ihnen kurz das gravierendste, mich betreffende Beispiel nennen. An ihm wird deutlich, in welche Turbulenzen ein Minister kommen kann, wenn er nicht offen informiert wird: Im Dezember 1997 führte das SSA Tettmang an der Akademie in Donaueschingen eine mehrtägige Fortbildungsveranstaltung für Leiter von Hauptschulen durch. Das Ergebnis dieser Tagung wollte ich in einem mehrseitigen Schreiben auf dem Dienstweg an das Ministerium weitergeben. Die 2 wichtigsten Punkte des Schreibens waren:

- Vorschläge zur Revision des Bildungsplanes ( wir sprachen damals von „Kerncurriculum“ und „Schulprofil“)
- Klare Richtlinien zur Berechnung der Lehrerversorgung ( saubere Definition von Pflicht - und Ergänzungsbereich)

Weil das Papier wohl zu brisant erschien, wurde es jahrelang auf dem Dienstweg „schubladiert“. Als im Rahmen der Lehrerversorgungsrunde im Herbst 2001 ich dann in einem Pressegespräch die Fakten nannte, führte dies im Landtag zu einer erregten Debatte. Ein persönlicher Schriftwechsel mit der Ministerin Dr. Schavan schloss sich an. Ich zitiere aus ihrem handschriftlichem Schreiben vom 07.11.2001 an mich: „.....Zwischenzeitlich hat sich viel verändert und ich gehe davon aus, dass Ihre Vorschläge zum Lehrereinstellungsverfahren in unsere Weiterentwicklung aufgenommen wurden.....“. Frau Dr. Annette Schavan war so souverän, Anregungen von oberschwäbischen „Rebellen“ in die Gremien weiterzugeben. Viel von unserem Gedankengut fand sich sowohl im neuen Bildungsplan als auch im Lehrereinstellungsverfahren wieder.

Ich führe dies nur aus, weil ich sicher bin, dass viele der Ihnen zuarbeitenden Beamten nur das „politisch Korrekte“, von dem sie glauben, es würde Ihr Gefallen finden, an Sie durchlassen. Dieses adlatenhafte Denken und Verhalten gefährdet Ihr politisches Ansehen in hohem Maße und ist in einer Demokratie nicht angebracht. Adlaten denken oft an sich, weniger an die Sache. Oft genug bleiben dann die Realität und Wahrheit außen vor. Ich bitte Sie eindringlich, den Sachverstand aller am Schulleben Beteiligten zu

nutzen. Das Beamtengesetz fordert gegenseitige Beratung. Die Beratung von unten nach oben funktioniert derzeit nicht, oder - was noch schlimmer wäre - sie ist nicht gewollt. Auf Dauer demotiviert dies insbesondere die engagierten Mitarbeiter und führt dann zu Re-Aktionen wie dem Schulleiterbrief der oberschwäbischen Rektoren.

Zur laufenden Diskussion um die Hauptschule möchte ich nachfolgend noch einige ergänzende und vertiefende Anmerkungen machen:

- **Längere gemeinsame Schulzeit für alle Kinder eines Jahrganges**

Weshalb die Landesregierung geradezu krampfhaft gegen alle Erkenntnis der Wissenschaft an der frühen Selektion festhält, ist unverständlich und mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar. Warum gibt man den schwächeren und benachteiligten Kindern nicht die Möglichkeit, sich an positiven Lern- und Verhaltensvorbildern im gleichen Lebensalter zu orientieren; weshalb sollen die stärkeren nicht schon als Kinder und Mitschüler die Übernahme sozialer Verantwortung einüben können? Die Schülerjahrgänge anfangs der 70-er Jahre beweisen heute nachdrücklich, dass längeres gemeinsames Lernen deutlich mehr positive als negative Folgen hat. An vielen Hauptschulen waren noch 60%, ja 70% eines Schülerjahrganges. Die daraus erwachsenen Führungspersonen (wie z.B. Ärzte, Architekten, Lehrer, Handwerks- und Industriemeister u.a.m.) beweisen heute als Chefs soziale Verantwortung und ein großes Verständnis für Kinder, Azubis und Erwachsene, die sich schwer tun.

Die frühe Selektierung der Kinder in 3 Schubladen wird die Gesellschaft langfristig in eine soziale Zerreißprobe führen, weil die einzelnen Gruppierungen sich nicht mehr verstehen, ja kaum noch verständigen können. Diese Brüche zeichnen sich heute schon ab: Hauptschüler in einer Musikschule kann man mit der Lupe suchen, dies gilt auch für bestimmte Sportarten und ebenso für den Besuch kultureller Veranstaltungen. Es sind keine Gleichaltrigen da, die dazu anregen und mithelfen, Schwellenängste abzubauen.

- **Die gesetzliche Grundlage der Selektion nach Klasse 4 ist diskriminierend**

Mit dem Schulgesetz §6 bis §8 wird der untaugliche Versuch unternommen, unterschiedliche Begabungen zu beschreiben und diese dann einer Schulart zuzuordnen. Die dabei unübersehbare Hierarchisierung gipfelt in der Feststellung, dass für ein Kind das Gymnasium die richtige Schulart ist, wenn es „entsprechende Bildungsabsichten“ hat. Traut man den anderen Kindern

keine Bildungsabsichten zu? Mit der derzeitigen Praxis wird versucht, die Kinder den Strukturen anzupassen anstatt umgekehrt vorzugehen.

Die Kriterien für die Grundschulempfehlung sind einseitig und deshalb sehr fragwürdig. Jeder ernstzunehmende Pädagoge und Erziehungswissenschaftler weiß, dass Sprachkompetenz der Schlüssel für beinahe alle schulischen (Wissens-) Felder ist. Wenn dann die bis auf ein Zehntel ( wie vermeintlich objektiv und gerecht!!) ausgerechnete Deutschnote in der Praxis das ausschlaggebende Moment wird, sind viele Migrantenkinder und auch in erheblichem Maße viele Jungen Opfer dieses Verfahrens. Sie werden dann ganz einfach zu Kindern erklärt, die „praktische Begabungen und Neigungen“ haben müssen. Dies ist in der Realität nicht immer der Fall; genauso wenig ist nicht jeder potentielle Gymnasiast nur an theoriebehafteten Dingen interessiert. Dieses Selektionsverfahren sieht die Kinder nicht ganzheitlich und verschüttet oder behindert in vielen Fällen die weitere Entwicklung von Fähigkeiten und Begabungen. Es ist auf Sanktionierung von Defiziten angelegt.

- **Der Maßnahmenkatalog zur Stärkung der Hauptschule ist der wiederholte untaugliche Versuch, das Ansehen der Hauptschule zu heben**

Wer ständig „gestärkt“ werden muss, ist offensichtlich krank. Die Bevölkerung hat längst mit den Füßen gegen eine Schulart abgestimmt, die ständig „weiterentwickelt“ und „gestärkt“ werden muss und dringend ein „Fitnessprogramm“ braucht. Als Verantwortlicher für die Hauptschule habe ich engagiert an solchen Programmen mitgewirkt. Ich tat dies aus der Erkenntnis, dass das Ministerium die Schulart Hauptschule mit aller Macht behalten möchte. In der Verantwortung für die **Hauptschüler** versuchte ich, wie viele andere Engagierte, in der bestehenden Zwangsstruktur das Beste für die Hauptschüler herauszuholen. Heute muss ich erkennen, dass ich dadurch die Lösung des Problems verzögert habe: Die so verfasste Hauptschule brauchen wir nicht mehr, weil sie den Kindern und den Ansprüchen der Gesellschaft nicht mehr gerecht werden kann. Daran werden auch die Stärkungsmaßnahmen nichts ändern:

- Ein Teil der Rettungsmaßnahmen soll der **Praxiszug** darstellen. Mal wieder wird der Schüler, der dem höheren theoretischen Anspruch der mittleren Reife (noch) nicht gewachsen ist, der „Praxis“ zugeschlagen. Erkennt im Ministerium eigentlich niemand, dass man hier in dem Analogieschluss „geringe theoretische Begabung“ (= im Alltagsverständnis: schwächerer Schüler) = praktische Begabung = Ausrichtung auf „praktischen“ Beruf ständig Menschen und Berufsbilder abwertet?

- **Jeder Schüler muss ein Anrecht auf ein 10. Schuljahr haben.** Wenn die Landesregierung an der Hauptschule festhält, hätte dies der wichtigste Teil einer Stärkung sein müssen. Weshalb bis dato gerade die schwächeren Kinder die kürzeste Schulzeit haben, ist nicht nachvollziehbar. Die Folgen sind dramatisch: Spätestens in Mitte Klasse 8 müssen diese jungen Menschen sich um einen Ausbildungsplatz bemühen. Sie treten dabei in Konkurrenz zu älteren Mitbewerbern aus anderen Schularten und mit „höheren“ Schulabschlüssen. Ihre Chancen sind dadurch minimal. Monatelang ständig Absagen auf Bewerbungen zu erhalten, führt häufig zu Demotivierung und Zukunftsängsten. Angst ist ein apokalyptischer Reiter. Die Hoffnung, dass eine gute Konjunktur die Probleme auf dem Ausbildungssektor von selbst löse, wird sich nicht erfüllen. Der Ausbildungssektor ist längst ein Ausbildungsmarkt geworden. Solange dieser „bessere“ Bewerber bietet, werden diese zuerst „abgeschöpft“. Aus Kostengründen fordern viele Betriebe den „fungiblen“ Auszubildenden. Ausbildungsfähigkeit ist ein wichtiges, aber nicht ausschließliches Ziel der schulischen Arbeit. Und solange viele Firmen ca. 20% der Belegschaft als „konjunkturelle Manövriermasse“ ansehen, damit die Firma „atmen“ kann, dann wird schnell klar, aus wem sich diese Gruppe rekrutieren wird. Ich fürchte, dass bei diesen Atemübungen der Betriebe die Gesellschaft ersticken kann. 20% einer Gesellschaft randständig zu machen, wird zu ernststen Verwerfungen führen. Die Bildungspolitik darf dazu mit ihrem Beharren auf überholten Strukturen und obrigkeitstaatlichen Entscheidungen nicht noch ungewollt Vorschub leisten.
- **Besonders erschwerend für die Hauptschüler kommt die in den letzten 30 Jahren vorgenommene Reduzierung der Stundentafel dazu.** Die Einführung der 45-Minuten-Stunde und die gleichzeitige Reduzierung der Stundentafel hat z.B. in Deutsch und Mathematik von Klasse 1 bis 9 eine Verringerung der Unterrichtszeit von jeweils rund 40% zur Folge. Auf der Strecke blieb die Mutter aller Meisterschaft: die Übung. Gleichzeitig verlor die HS ihre Leistungsträger (Einführung der Realschule) und musste in verstärktem Maße die Integration vieler benachteiligter Kinder leisten. Um all dem noch die Krone aufzusetzen, gab es keine Stütz- und Fördermaßnahmen mehr, das EBA und AG's wurden deutlich eingeschränkt und damit Elemente aus dem Angebot entfernt, wo Kinder im kreativen Bereich Fähigkeiten hätten entwickeln und Bestätigung erfahren können. **Die Erhöhung der Stundentafel in Klasse 5 in Deutsch und Mathematik um jeweils 1 Stunde ist ein schwacher Versuch, diese Versäumnisse zu kompensieren.** Auf mich wirkt er beinahe zynisch: Weil Kinder auf Grund dieser Fächer an der Selektion gescheitert sind, bekommen sie ein Jahr

lang „Nachhilfe“. Wie wäre es denn endlich mit einer vorsorglichen „Prophylaxe“?

**Bei der Standortdiskussion für Hauptschulen werden viele Nebelkerzen geworfen.**

Im Bestreben, die Schulart Hauptschule beizubehalten, kommt das Ministerium bei den kleinen und kleinsten Hauptschulen um organisatorische Maßnahmen nicht herum. Einige kommunale/regionale Anträge werden genehmigt. Die organisatorische Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule wird das Problem aber nicht lösen. Es geht nicht um Synergieeffekte in der Organisation ( und damit auch gegebenenfalls um Streichung von Lehrerstellen), sondern um die deutlich längere gemeinsame Beschulung **aller Schüler** eines Jahrgangs. Dies geht nicht zum Nulltarif. Das wenigste wäre, durch Zusammenlegung freiwerdende Lehrerstellen für kleinere Lerngruppen, gezielte Förderung, Ausbau eines qualifizierten Ganztagesbereiches u.a.m. zu verwenden. Die Behauptung, die Schließung kleiner Hauptschulen würde zur Verödung der Bildungslandschaft auf dem Lande führen, verängstigt natürlich die dortigen Entscheidungsträger. Fakt ist aber, dass dort die Hauptschulen auf Grund der demografischen Entwicklung langsam aber sicher dahinsiechen und ausbluten. Für die verbleibenden Kinder gilt der Slogan „Small is beautiful“ schon längst nicht mehr. Können Sie sich vorstellen, sehr geehrter Herr Minister Rau, was in einem Kind vorgeht, das als einziges oder vielleicht noch mit zwei anderen eine HS-Empfehlung erhält, während die anderen in den Nachbarort zur Realschule oder zum Gymnasium fahren? Es fühlt sich schlichtweg stigmatisiert.

An kleinen und kleinsten Hauptschulen ist auf Dauer kein qualifizierter Fachunterricht ( wie z.B. in Physik, Chemie, Technik, Hauswirtschaft, Sport..)mehr aufrechtzuerhalten. Lehrkräfte mit entsprechender Kompetenz unterrichten an größeren Einheiten. Jahrgangsübergreifender Unterricht über viele Klassenstufen hinweg ( z.B. Religion, Sport..) stößt an biologische, kognitive und emotionale Grenzen.

Die Antwort Ihres Hauses auf die Forderung von Ministerin Dr. Schavan, jede Hauptschule müsse die mittlere Reife anbieten können, ist schlichtweg falsch. Ihr Haus behauptet, dies sei in Baden-Württemberg der Fall. Theoretisch stimmt dies. In der Praxis zeigt sich aber, dass bei den meisten „Zubringerschulen“ der Übertritt in die Werkrealschule prozentual deutlich geringer ist als an den Standortschulen. Und Fakt ist auch, dass an immer mehr kleinen Hauptschulen der Zusatzunterricht nicht mehr erteilt wird, weil die Gruppengröße von 8 Teilnehmern nicht mehr erreicht wird. Diese Schüler ab Klasse 8 einer anderen Hauptschule zuzuschlagen, schwächt die kleine

Hauptschule dann noch mehr. Verschweigt Ihnen dies der Apparat? Bei der Hauptschule ist „small“ längst nicht mehr „beautiful“.

Wer also die Verödung der ländlichen Schullandschaft verhindern will, muss bereit sein, zumindest dort veränderte Schulstrukturen zu erlauben. Die einzige Lösung, die dem ländlichen Raum hilft und ihn stärkt, ist eine gemeinsame längere Beschulung der Kinder vor Ort. Die betroffenen Kommunen müssen dies über alle Parteigrenzen hinweg und gestärkt durch den erklärten Willen der Bevölkerung mit Nachdruck fordern und umsetzen.

- **Die Hauptschule leidet an innerer Ausblutung**

Die Hauptschule ist derzeit die einzige weiterführende Schulart, für deren Lehramt sich weniger Studenten einschreiben als der zukünftige Bedarf sein wird. Auch die Lehramtsstudenten stimmen gegen die Hauptschule ab: Unter erschwerten Bedingungen erhalten sie eine schlechtere Bezahlung als die Kollegen der Sekundarstufe I. Dabei unterrichten sie Kinder, die an der Grenze zur Förderschule stehen und Kinder, die sie zur mittleren Reife führen. Von diesen Lehrkräften muss deshalb ein sehr hohes Engagement erwartet werden; sie haben sich in vielen Fächern vorzubereiten, oft auch noch jahrgangsübergreifend. Lehrer in Mangelfächern müssen häufig an mehreren Standorten auswärtigen Unterricht erteilen. Wann endlich wird dies im Vergleich zu anderen Lehrkräften entsprechend honoriert. Der Hauptschullehrer braucht kein Mitleid, sondern Respekt und gesellschaftliche Anerkennung, auch in Form von einem entsprechenden Gehalt. Und wenn das Ministerium darüber rätsoniert, dass wohl die Lehrerinnen daran Schuld seien, dass es inzwischen zu wenig Naturwissenschaftler gebe, dann muss es sich fragen lassen, was männliche Abiturienten davon abhält, ein Lehramt zu studieren.

**Wenn man all dies zusammenfasst, kommt man meines Erachtens um die Erkenntnis nicht herum, dass auch das neue Programm zur Stärkung der Hauptschule deren Siechtum nur verlängert, aber nicht beenden kann.** Es liegt mir völlig fern, die Hauptschule zu diskreditieren. Dies haben deren Schüler nicht verdient, genauso wenig wie deren Lehrer. Eine schleichende Resignation bei ihnen ist aber unübersehbar: Trotz jahrzehntelangem Bemühen gehen ihnen die Schüler verloren. Ständig wird der Hauptschule (und damit den Lehrkräften) vorgeworfen, zunehmend unqualifizierte Schüler aus der Schule zu entlassen. Diese Vorwürfe und die jährlich wiederkehrende Erfahrung, dass die Hauptschulabgänger kaum mehr Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben, belastet die Lehrkräfte sehr. Die oberschwäbischen Schulleiter haben auch aus der Für-Sorge heraus für ihre Lehrkräfte den öffentlichen „Aufschrei“ getätigt.

Sehr geehrter Herr Minister Rau,

**für die schulpolitische Diskussion bezüglich der Hauptschule müssten meines Erachtens folgende Felder bearbeitet werden:**

- Alle Kinder eines Jahrganges werden zukünftig länger gemeinsam unterrichtet („Volksschule“). Organisatorisch hätte dies zur Folge, dass weniger Schulstandorte schließen müssten als bei einer einseitigen „Flurbereinigung“ der HS-Standorte.
- Nach der „Volksschule“ entscheiden die Eltern unter Hinzuziehung einer Empfehlung über den Besuch einer der beiden weiterführenden Schularten. Die Empfehlung beruht auf einer breiteren Basis als nur Deutsch und Mathematik, weil zuvor auch ein erweiterter Fächerkanon vermittelt wurde (z.B. Fremdsprachen, Naturwissenschaften, Technik, Hauswirtschaft u.a.). Ab der Klasse 4 finden halbjährlich Beratungsgespräche mit den Eltern statt.
- Alle Schüler an allgemeinbildenden Schulen haben eine zehnjährige Schulpflicht.
- Jede weiterführende Schule bietet die mittlere Reife an und ist deshalb mindestens 2-zügig zu führen. Sie ist grundsätzlich eine Ganztageschule.
- Es gibt ein gemeinsames Lehramtsstudium für die Sekundarstufe I. Die Besoldung ist für alle Sekundarstufe I-Lehrkräfte gleich.
- Die Meinungsbildung von unten nach oben muss verbessert werden.
- Bei der Neukonzeption sind alle Schularten betroffen. Deshalb sind alle Betroffenen in die Überlegungen miteinzubeziehen: Vertreter der vorschulischen Einrichtungen, Vertreter aller Schularten, der Eltern, Verbände, Kammern, Kommunen u.a.m.

Ich habe dieses Schreiben verfasst, weil ich es den Hauptschülern schuldig bin. Es gibt keine Schülergruppe im Land, die eine so kleine und wenig schlagkräftige Lobby hat. Beinahe die einzige, die es war und ist, sind die Lehrer dieser Kinder. Wenn sie diesen zukünftig mehr Gehör geben, bringt Sie dies, sehr geehrter Herr Minister, den Menschen näher.

Mit freundlichen Grüßen

(Günther Bader)